

Volksblatt

Nummer 395

Sonntag, den 6. November

Jahrgang 1927

Reformkapitalismus - Reformkapitalismus.

Geistiger Strukturwandel.

Von Dr. Emil van den Boom-M. Gladbach.

Nach den Reden eines Silberberg und Aücher auf den Industriellenkongressen von Dresden und Frankfurt a. M. wird man es vielleicht vermuthen, daß der Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, Dr. Aücher, auf der jüngsten Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute in Berlin laum ein Wort gefunden hat zu den Themen, über die die ergründeten sich verbreiteten. Man wird jedoch in diesem Zusammenhang daran erinnern dürfen, daß für die Rede, die Geheimrat Aücher in Frankfurt a. M. hielt, ursprünglich Dr. Aücher vorgesehen war. Aücher trat an seine Stelle, glaubte aber ver sichern zu dürfen, daß seine Gedankengänge auch von dem Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke im wesentlichen geteilt würden. Diese Vorgänge sind bisher auffallenderweise in der großen Öffentlichkeit ungenannt geblieben oder doch wenigstens nicht genügend beachtet worden. Auch sie sind ein Zeichen dafür, wie in der Industrie und speziell in ihrem Organisationswesen ein geistiger Strukturwandel vor sich zu gehen begonnen hat. Ursprünglich stellte sich als Hauptaufgabe für die Entwicklung des wirtschaftlichen Organisationswesens der Kampf um die Existenz, das Streben nach Erhaltung und Festigung der gewonnenen Positionen dar. In späteren Zeiten beginnt sich wenigstens die Auffassung durchzusetzen, daß nicht der rücksichtslose Interessenkampf, sondern die Erreichung sehr wesentlicher Gebundenheit ist an eine Anpassung der Interessenwünsche an die großen Gemein schaftswirtschaften der gesamten Volkswirtschaft. Nach dem Kriege erfolgt auch die Anerkennung der vollen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer. Wenn man diesen geistigen Wandel, der allerdings noch in den Anfängen steht, richtig erfassen will, dann halte man den Reden eines Aücher und Silberberg, A. V. aus den Zeiten des Zentralverbandes der deutschen Industrie, die jenigen eines Silberberg und Aücher auf den Tagungen des Reichsverbandes entgegen.

Dort ein absoluter Herrenstandpunkt auch im Arbeitsverhältnis, der ein Verhandeln mit dem Arbeitnehmer, eine Anerkennung auch seiner Berufsverbände schloß ab, hier das volle Gegenteil! In seiner Rede über die volkswirtschaftliche Einheit von Wissenschaft, Arbeiter und Unternehmer gab Geheimrat Aücher in Frankfurt von den verschiedensten Möglichkeiten her vorge nommenen Unterordnung des Qualitätsproblems die unerlässliche Geschlossenheit dadurch, daß er den lebendigen Menschen als den bestimmenden Teil aller Wirtschaftsbildung feststellte und von ihm aus seine Forderungen zog. Man braucht mit seinen Schöpfungen nicht einverstanden zu sein, aber man wird mit einer gewissen Bewunderung doch anerkennen müssen, daß er die Brennpunkte und zugleich schmerzhafteste Frage, das Verhältnis des Menschen zum Wert, zur Maschine, der während zu den Gefährten, aufwarf. Für Aücher ist das Problem der Kooperation, der Zusammenarbeit von Arbeitnehmer und Unternehmer, mehr als eine materielle Frage, es ist ein solches des sich Verbundenseins, ein geistliches. Wie wir dieses lösen, davon hängt nach ihm zur Hauptsache unsere Zukunft ab. Die heutige Gesellschaftsordnung ist für ihn nicht etwas Gelegenes und Unabänderliches. Er betont vielmehr: „Wir gehen einer Zeit des Sozialismus entgegen, der nicht nur durch eine sozialistische Ordnung im Sinne des Marxismus abgeleitet werden kann, sondern wir müssen evolutionistisch zu Wirtschaftsformen kommen, die die Härten und Ungerechtigkeiten beseitigen oder doch mildern.“ Dieser kommen wir näher, je mehr die Person des menschlichen Individuums von der Entwicklung beseitigt geschoben wird und der Generaldirektor selbst nur einen Angestellten, wenn auch bevorzugter Art, darstellt!

Wenn hier nochmals auf diese Ausführungen zurückgegriffen wird, so geschieht das, um dreierlei festzu stellen. Erstens: So sehr man, wie schon angedeutet, manches an den Vorlesungen des zum Vorstand der IG Farbenindustrie A.-G. (also des größten deutschen Trustes und eines der größten der Welt) gehörenden Geheimrats Dr. Aücher auslegen mag, so wird man doch feststellen müssen, daß wenigstens in einem Teil unserer führenden Industrien die Einsicht von der Wandelbarkeit aller Dinge vor handen ist und der Wille, überholte Anschauungen auch im Unternehmertum aufzuheben. Und wie groß der Umschwung gegen früher ist, ist wohl von kaum einer Seite treffender dargestellt worden als im sozialdemo kratischen „Vorwärts“, wo man in Nr. 417 lesen kann: „Die Ansätze, die Aücher gegen die Arbeiterklasse gelegentlich einflößt, und die vielfach wie eine Spiegel bildung wirken, können nichts an dem Umstand ändern, daß das Unternehmertum offenbar demütigt ist, eine neue Ideologie nach der Wirklich keit aufzustellen zu suchen, die der moderne

Konzentrationsprozeß mit sich bringt. Natürlich lehnt Aücher den Sozialismus ab und sieht als endgültige Entwicklung eine Reformkapitalismus, der die größten Härten des heutigen Kapitalismus beseitigt. Natürlich war er auch bemüht, den Klassen gegensatz zu beseitigen, und glaubte ihn durch eine neue wirtschaftliche Ethik überwinden zu können. Im großen und ganzen aber scheint das Unternehmertum immer mehr zu erkennen, daß die Wirtschaft eine öffentliche Angelegenheit ist, und je mehr sie auch einen politischen Rang einnimmt. Der Kritik, die sich an diesen Nachschub knüpft, legt er, teils irrig, teils unangelegentlich, die These entgegen, daß ohnedies die heutige Form der Wirtschaft eine öffentliche Angelegenheit sei, und jeder Unternehmer im Großbetrieb schon von sich aus gezwungen sei, volkswirtschaftlich zu

Der Notenwechsel zwischen Barker Gilbert und der Reichsregierung.

Die Warnungen des Finanzwächters.

Von unserer Berliner Redaktion.

(1) Berlin, 5. Nov. (Drabik).

Die Denkschrift des Reparationsagen ten Barker Gilbert unterliegt nun dem Urteil der Öffentlichkeit. Gleichzeitig lernen wir den Inhalt des Antwortschreibens der Reichsregierung kennen. Das Memorandum des Reparationsagen ten ist bekanntlich auf dessen Wunsch zunächst geheim gehalten worden. Ähnlich kamen aber so viele Industrie treuen im Umkreis, daß eine vollständige Kenntnis des Wortlauts des Briefs zum Wahrscheinlich wurde. Die beiden Dokumente samt Begleitschreiben betrachten wir. Im Inland war eine große Verwirrung entstanden, und noch mehr schädlich wirkten die falschen Darstellungen im Ausland, das ohnehin alle Vorgänge in Deutschland mit argwöhnischem Mißtrauen betrachtet. Mit Zustimmung des Reparationsagen ten werden nun die beiden Dokumente samt Begleitschreiben veröffent licht. Der Wortlaut erscheint gleichzeitig auf Wunsch des Reparationsagen ten auch in der amerikanischen Presse.

Die zwei Denkschriften sind zu ungleich, als daß sie in kurzen Zügen besprochen werden könnten. Vorerst können nur einige grundsätzliche Bemerkungen gemacht werden. Der Reparationsagen ten hat bekanntlich die Aufgabe, über die Ausführungen des Dawes-Planes zu wachen, insbesondere die sogen. Transfersfrage zu regeln. Dieser ging alles glatt voran, wenn auch das deutsche Volk an den Reparationslasten schwer zu tragen hatte. Herr Barker Gilbert erkennt auch an, daß die Reichsregierung alles tut, was in ihren Kräften steht. Wir sind nicht im Mißstand mit dem Dawes-Plan; der Reichshaushalt weist kein Defizit auf; von deutscher Seite wird nichts unternommen, was dem Transfer Schaden könnte; die gesamte Finanzlage Deutschlands ist in Ordnung. Auch das Jahre 1928 wird mit einem ausgeglichenen Etat erscheinen, obwohl sich die Reparationslasten um rund 400 Millionen A. erhöhen werden.

Man muß sich nun fragen, wie der Reparationsagen ten trotz der Ablehnung der Denkschrift kommen konnte. Wenn er sich gegen den Finanzwächter wendet, so ist zu bemerken, daß es sich hier um frühere Darstellungen handelt, die zurückgegeben werden. Eine Einsichtnahme in die innere Struktur des Reiches, die Herr Gilbert in diesem Zusammenhang versucht, steht ihm an sich nicht zu. Die Regelung des Verhältnisses „Reich, Länder und Gemeinden“ ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit. Wenn Herr Barker Gilbert dem Einzelstaats den Vor zug geben zu müssen glaubt, so kann ihm diese Privati ansicht niemand nehmen. Seine Befürchtungen als Reparationsagen ten reichen aber nicht soweit, daß er über zen tralisierendes oder dezentralisierendes Staatswesen eine Entscheidung herbeiführen könnte.

Die Bedenken gegen die Beamtenbesol dung sind ebenfalls nicht stichhaltig. Seit vielen Jahren ist die Gehaltsreform angehängt. Bage wirklich eine Gefahr für den Dawes-Plan vor, so hätte der Reparationsagen ten die Reichsregierung schon längst auf eine solche Möglichkeit hinweisen können. Er hat es aber nicht getan, sondern bis zum letzten Augenblick hat er gewartet.

handeln, also sich vom privaten Gewinnprinzip nur noch insoweit leiten zu lassen, als es die Vorausset zung der Existenz der Wirtschaft erfordert, im übrigen die Interessen des Betriebes und der Konsumenten voran zu setzen. Die Sozialdemokratie muß den geistigen Strukturwechsel offen zu geben.

Zweitens: Wenn wir alle diese Feststellungen machen, so sind wir erfahren genug, um nun nicht für sobald eine Weltentwende in den Auffassungen des deut schen Unternehmertums erwarten zu wollen. Bestehen wir in diesem, namentlich solche, die als Unter nehmer noch zugleich Wertbesitzer sind, werden die Ausführungen Aüchers als Sünden wider den Heiligen Geist erscheinen sein, wenn sie sich innerlich der Logik derselben nicht ganz entziehen konnten. Neugierlich sträuben sie sich jedenfalls noch gegen dieselben, und

ermutung liegt sehr nahe, daß wir nicht weit von der Wahrheit entfernt sind.

Bezüglich des Schulgesetzes, das dem Reparationsagen ten wegen der finanziellen Auswirkungen nicht paßt, muß man seine höchste Verwunderung ausdrücken. Hier hat ohne Zweifel die demokratische Presse Vor sprachdienste geleistet, indem sie bei der Berechnung der angeblich auszubringenden Beiträge mit Zahlen operierte, die niemals in Frage kommen können. Bei dem Hinweis des Reparationsagen ten auf die Auswirkungen des Schulgesetzes wird man den Gedanken nicht los, daß der Dawes-Plan darüber ent scheiden soll, wie das kulturelle Leben in Deutschland sich gestalten soll. Selbstverständlich gibt das nicht an, wie haben nur finanzielle Verpflichtungen übernommen.

Auch über die Währungsreform des Reichs bankpräsidenten Dr. Schacht sind in dem Memorandum Barker Gilbert einige Sätze enthalten, die über das Ziel weit hinausgehen. Bezüglich dieser Frage genügt vorerst der Hinweis, daß im Generalrat der Reichsbank sieben Ausländer und sieben Deutsche sitzen. In einem solchen Institut sollen alle öffentlichen Gelder zusammengefaßt werden? Die Frage stellen, heißt sie verneinen.

Die Antwort der Reichsregierung ist, wie auch das Schreiben des Reparationsagen ten in ruhigem, sachlichem Tone gehalten. Sie beginnt mit der Dar stellung der Entwicklung und den Lasten der deutschen Wirtschaft, um dann zu den einzelnen auszuweisen Fragen Stellung zu nehmen. Soweit es möglich ist, wird den Wünschen des Reparationsagen ten entgegenge kommen; aber in vielen Beziehungen kann natürlich den Forderungen nicht entsprochen werden. Die Reichs regierung erklart in der Uebersetzung der An twortnote seinen Abschlus der Debatte, sondern versichert in dem Begleitschreiben, daß sie zu weiteren mündlichen Verhandlungen selbstverständlich zur Verfügung stehe. Offensichtlich wird aber in Zukunft die deutsche Öffentlichkeit etwas tiefer unterrichtet, so mit nicht wieder durch allernach Indirektionen Ver wirrung und Unheil gestiftet werden. Wir sind aus der Zeit der Geheimdiplomatie heraus, und es ist nicht ein zusehen, warum dem deutschen Volke die Meinung des Reparationsagen ten verheimlicht werden soll.

Das Memorandum des Generalagen ten.

× Berlin, 5. November.

Das heute veröffentlichte Memorandum des Generalagen ten für die Reparationsantragungen enthält auf getrennte Kapitel über Finanzpolitik des Reiches, das Finanzwesen der Länder und Gemeinden, die Kredit- und Währungsreform und eine Schlussbetrachtung. In den einleitenden Worten wird, von den Zielen der deutschen Wirtschaftspolitik ausgehend, die Notwendigkeit der Kapitalbildung betont, wozu gesunde Finanzen von äußerster Wichtigkeit seien. Barker Gilbert erklärt dabei, er nehme vom Standpunkt der Durchführbarkeit des Dawes-Planes die wiede rholten Zusicherungen der Reichsregierung, zur Erfüllung der von ihr übernommenen Verpflichtungen alles in ihrer Macht Stehende zu tun, zum vollen Beweise an. Von grundsätzlicher Wichtigkeit sei es, daß die Reichsregierung eine faire Ge probung des Dawes-Planes akzeptiere, und daß sie während dieser Probe in der Führung ihrer Angelegenheiten Vorrückte warten lasse. Das Memoran de über die öffentlichen Ausgaben gebe bereits einen Überblick über den wirtschaftlichen Zustand des Reiches und

bringe die wesentliche Stabilität des öffentlichen Finanzwesens zu unterbreiten. Daß man diese Tendenz ungenügend fortgewahren, so sei es so gut wie sicher, daß die Folgen in ernsthaften wirtschaftlichen Rückschlägen und in einer heftigen Erregung des deutschen Volkes im In- und Auslande bestehen könne. Möchte man in erster Linie dadurch ge fährdet werden, daß ein Realeinkommen öffentlicher Finanzen angraben werde. Im ersten Kapitel über die Finanzpolitik des Reiches wird vor allem die steigende Tendenz der ge-

he werden sich weiterhin sträuben. Die Wächerschen Darlegungen selbst können auch insofern nicht befriedigen, weil sie theoretisch waren und konkrete Rat schläge vermissen ließen. Aber wie dem auch sei, Grundtätigkeit ist eine geistige Strukturveränderung da, wobei es allerdings eine andere Frage ist, wie weit diese auf das Unternehmertum als solches auch wirklich abwärts.

Drittens: Die Kritik an der Rede Aüchers in einem Teil der Tagespresse war nicht immer glücklich. Allzu scharfe Kritik auch an Nebenächlichem tödtet leicht auch die guten Reime, die als Ansätze vorhanden sind. Eine an sich begründete geistige Umstellung treibt man dadurch nicht weiter, daß man sie verächtlich, als nicht ehrlich gemeint darstellt, sondern sie fördert und pflegt: vom Sozialkapitalismus zum Reformkapitalismus!

Die geplante Gehaltsberhöhung erwähnt, die nach den Regierungsvorlesungen in Form von 1000, bei der die höchste Wahrscheinlichkeit besteht, daß sie für die allgemeine Wirtschaft im Reich ernste Folgenerscheinungen zeitigen werde.

Außerdem werden schließlich die Ausgaben des Reichshaushalts und des Reichs schulgesetzes erwähnt. Der erste Entwurf sehe offenbar Ausgaben von 1000 Millionen Reichsmark vor, während man sich anscheinend um die finanzielle Auswirkung des Reichsschulgesetzes trotz der Warnungen von Ländern und Gemeinden bisher wenig gekümmert habe. Auch hier habe der Generalagen ten Urteil über irgendeine der neuen Vorlagen, einzeln und für sich gezogen, zu schaffen. Aber die Freiheit der Reichsregierung in Bezug auf Aufstellung und Hand habung des Haushaltsplans schließt eine Verantwortlich keit für die natürlichen und wirtschaftlichen Aus wirkungen ihrer Handlungen ein, für die der Generalagen ten vier Kategorien aufstellt:

1. Gefährdung der Stabilität des Reichs haushalts.
 2. Wachsende Forderungen der Länder.
 3. In steigendem Maße ungenügende öffentliche Finanzwesen infolge des Fehlens einer tatsächlichen Kontrolle über öffent liche Geldausgaben und über öffentliche Anleihen.
 4. Steigende Produktionskosten, ge steigerte Preise und Lebenshaltung, erhöhte Lebenshaltungskosten.
- Offensichtlich wachen allen diesen Entwicklungen die Tendenzen inne, die Kosten der Erzeugung zu steigern und vergrößert die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft, in den Wettbewerben bei möglichst hohem Export einzutreten, zu verringern.
- Im zweiten Kapitel werden besonders die um fangreichen in- und ausländischen An leihen der Länder und Kommunen unterrich tet, hingewiesen wird besonders darauf, daß die Auslands-

200 Tote bei dem Bruch eines Staubeckens.

+ New York, 4. Nov. Nach unbefestigten Geräch ten aus Montpelier (Vermont) sollen dort bei einem Bruch eines großen Staubeckens 130 bis 200 Per sonen ums Leben gekommen sein. Zwei Telephonstimmten, die in White River anlangen, berichten, daß das Wasser zehn Fuß hoch in der Haupt straße stieß, als sie die Stadt verließen.

New York, 5. Nov. Ein Funkpruch aus Rutland (Vermont) brachte die erste Nachricht aus Montpelier, daß durch eine Ueberschwemmung von der Außenwelt abgeschnitten ist. Der Wasserstand in Montpelier beträgt 20 Fuß. Vizegouverneur Jackson befindet sich unter den Toten. Die Zahl der Opfer, die noch nicht genau feststeht, ist ebenso wie der Sachschaden noch trübselig.

Steigende Zahl der Opfer.

○ New York, 5. Nov. Die Wächter berichten über stetig steigende Verluste an Menschenleben im Ueber schwemmungsgebiet in den nördlichen Staaten. In Montpelier (Vermont) allein sind wahrscheinlich über 200 Menschen ertrunken. Der Sach schaden an Gebäuden, Eisenbahnen und Kraftwerken erreicht mehrere Millionen.

300 Opfer eines Anflons.

■ London, 5. Nov. Die 33 000 Einwohner zäh lende Stadt Kellors in Indien ist von einem Wis selsturm schwer heimgesucht worden. Neben riesigen Materialschutt ist der Tod von ungefähre 300 Personen zu beklagen. Mehrere hundert Per sonen wurden verletzt.

